Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 7.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 60 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 258. | Dresden, Dienstag den 5. November 1918. | 29. Jahrg.

Das Spiel mit dem Feuer.

In ernster Stunde richtet die neue demokratische Regierung ihre Mahnung zur Ruhe und Besonnenheit an das deutsche Volk. Und in diesen Tagen ernstester Ereignisse, in diesen Stunden, in denen über die Zukunft Deutschlands entschieden wird, ist das Schicksal des deutschen Volkes nur und nur allein in seine eigenen Hände gelegt. Das Volk hat zu entscheiden, ob der Friede, der bald und rasch kommen muß und kommen wird, der Beginn einer gesicherten und friedlichen Entwicklung werden kann, oder ob er nur das Unglück eines Volkes besiegelt, das unbesonnen und leichtfertig alle Brücken zerbrochen hat, die aus der trüben Gegenwart in eine lichtere Zukunft führen. Keine Macht in Deutschland kann das Unheil abwenden oder wieder gut machen, das hereinbricht, wenn jetzt das Volk in zwölfter Stunde die klare Besinnung verliert.

Diese Gefahr aber droht ernster denn je. Es sind Kräfte am Werke, die ruhige Besonnenheit, die jetzt so bitter not tut, zu untergraben und das Volk zu unüberlegten, verhängnisvollen Schritten hinzureißen. Vielleicht sind sich diese Rattenfänger, die das Volk mit bolschewistischen Zukunftsmelodien mit sich locken möchten, selbst nicht klar über das Verhängnisvolle ihres Tuns. Die Gefahr ist aber darum nicht geringer.

Noch gefährlicher aber ist es, Nachrichten über Demonstrationen so aufzubauschen, als ob die bolschewistische Revolution bereits in vollem Gange sei. In Stuttgart haben gestern Demonstrationen stattgefunden, über die die bürgerliche Presse berichtet:

Ein Zug von vielen Tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen, die ihre Arbeit in den Daimler- und Eisenbahnwerken niedergelegt hatten, versammelten sich in Untertürkheim und Cannstatt mit roten Fahnen und Plakaten mit der Inschrift: „Nieder mit dem Krieg, es lebe die sozialdemokratische Republik!“ Auf dem Stuttgarter Schloßplatz hielt der Vorsitzende der Partei, Siegfried Aufhäuser sowie einige andre Führer mehrere Reden, in denen das Aktionsprogramm der Unabhängigen mitgeteilt wurde. Es wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. Bei den Ansprachen wurde mitgeteilt, daß die Waffenstillstandsbedingungen bereits in Berlin eingetroffen seien, daß die Regierung sie aber noch nicht bekanntgebe.

Der große Zug ging dann vor das Ministerium des Innern, wo der Führer der Partei und der Arbeiterrat den Minister des Innern zu sprechen wünschten. Minister v. Köhler verweigerte zwar die Vorlassung des Führers der Partei, mußte sich aber dann der Gewalt der Forderungen fügen. Der Arbeiterrat legte dem Minister das bolschewistische Aktionsprogramm mit der Forderung sofortiger Entscheidung darüber. Die Demonstranten beschlossen, nachmittags 3 Uhr wieder vor das Ministerium des Innern zu ziehen, um die Antwort des Ministers zu hören. Inzwischen sind auch die Arbeiter der Firma Robert Bosch in den Ausstand getreten und werden sich der Demonstration am Nachmittag anschließen.

Dazu teilt aber die württembergische Gesandtschaft in Berlin mit, daß aus einer Mücke ein Elefant gemacht worden sei. Die Demonstranten begaben sich in geordneten Zuge vor das Ministerium des Innern, wo eine Deputation von dem Minister empfangen wurde. Ihr wurde erklärt, daß die sozialen und wirtschaftlichen Beschwerden einer umfassenden Nachprüfung werden unterzogen werden, daß die revolutionären Forderungen aber nicht diskutiert werden können. Von groben Ausschreitungen ist keine Spur, die Polizei brauchte kaum einzugreifen. Es ist ferner unrichtig, daß die Arbeiter im Boschschen Unternehmen streiken.

Auch in Kiel kam es am Sonntag zu Demonstrationen, über die bürgerliche Blätter berichten:

Am Sonntag nachmittag wurde auf dem Großen Exerzierplatz eine Versammlung abgehalten, an der zahlreiche Marinemannschaften und Arbeiter beteiligt waren. Ein Führer der Unabhängigen hielt eine Ansprache. Nach Beendigung der Versammlung bildete sich ein Zug, der auf seinem Wege zur Stadt die Leute aus der Kaserne aufnahm, darauf das Innere der Kaserne erheblich beschädigte und aus ihr eine Anzahl Waffen mitnahm. In der Stadt schlossen sich dem Zuge viele Personen, unter ihnen zahlreiche Matrosen, an. Die Menge beabsichtigte, nach der Militärarrestantenanstalt zu ziehen, um die dort untergebrachten Gefangenen zu befreien, wurde jedoch an der Ecke der Karl- und Brunswiger Straße durch Militär aufgehalten. Der befehligende Offizier forderte die Menge zum Auseinandergehen auf, allein die Menge drängte vorwärts und wich auch nicht zurück, als einige blinde Schüsse abgegeben wurden. Es erfolgte der Befehl zum Scharfschießen, dem bedauerlicherweise eine Anzahl Menschen zum Opfer fiel. Es gab acht Tote und 29 Verwundete.

Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß auch diese Darstellung übertrieben ist. Aber wenn sie sich auch nur annähernd so abgespielt haben, mahnen diese Vorgänge dazu, auch ein andres Spiel mit dem Feuer endlich bleiben zu lassen. Es ist höchste Zeit dazu! Wenn einer ohnehin schon erregten Menge mit scharfgeladenen Knarren entgegengetreten wird, dann muß das provozierend wirken. Und wenn, wie in Kiel, ohne dringenden Grund scharf geschossen wird, so darf sich dann kein Mensch wundern, wenn sich auch die erregte Menge zu unbesonnenen Streichen hinreißen läßt. In Kiel patrouillierten schon am Sonnabend starke Abteilungen des See-Bataillons mit geladenen Gewehren durch die Straßen. Auf dem Gouvernement wurde erklärt, diese Militärabteilungen wären aufgeboten, weil ein Streik befürchtet würde. Blaue Bohnen gegen Streikenden!

An das deutsche Volk!

wtb. Berlin, 4. November. (Amtlich.)

Die Not der Zeit lastet auf der Welt und auf dem deutschen Volk. Wir müssen diese schweren Tage und ihre Folgen überwinden. Heute schon müssen wir arbeiten für die glücklicheren Zeiten, auf die das deutsche Volk ein Anrecht hat. Die neue Regierung ist am Werk, diese Arbeit zu leisten. Wichtiges ist erreicht. Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert. Eine neue Regierung hat sich aus den Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstags gebildet. Der Reichskanzler und seine Mitarbeiter bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstags und damit des deutschen Volkes. Grundlegende Rechte sind von der Person des Kaisers auf die Volksvertretung übertragen worden, Kriegserklärung und Friedensschluß unterliegen der Genehmigung des Reichstags. Die Unterstellung der Militärverwaltung unter den verantwortlichen Reichskanzler ist durchgeführt. Eine weitgehende Amnestie wurde erlassen. Pressefreiheit und Versammlungsrecht sind gewährleistet. Doch viel bleibt noch zu tun. Die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der an politischer Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staat der Welt zurückstehen soll, wird entschlossen weitergeführt. Die Neugestaltung kann ihre befreiende und heilende Wirkung nur ausüben, wenn sie einen Geist in den Verwaltungs- und Militärbehörden findet, der ihre Zwecke erkennt und fördert. Wir erwarten von unsren Volksgenossen, die in amtlicher Stellung dem Gemeinwesen zu dienen berufen sind, daß sie uns willige Mitarbeiter sein werden. Wir brauchen in allen Teilen des Staates und des Reiches die

Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit

durch das Volk selbst. Wir haben Vertrauen zu dem deutschen Volk! Es hat sich in vier furchtbaren Kriegsjahren glänzend bewährt. Es wird sich nicht von Phantasten sinnlos und nutzlos in neues Elend und Verderben hineintreiben lassen. Selbstzucht und Ordnung tun not. Jede Disziplinlosigkeit wird den Abschluß eines baldigen Friedens auf das schwerste gefährden. Die Regierung und mit ihr die Leitung von Heer und Flotte will den Frieden. Sie will ihn ehrlich und sie will ihn bald. Bis dahin müssen wir die Grenzen vor dem Einbruch des Feindes schützen. Den seit Wochen in hartem Kampf stehenden Truppen muß durch Ablösung Ruhe geschafft werden. Nur zu diesem Zweck, aus keinem andern Grunde sind die Einberufungen der letzten Zeit durchgeführt worden. Den Mannschaften des Landheeres und der Flotte wie ihren Führern gebührt unser besonderer Dank. Durch ihren Todesmut und ihre Manneszucht haben sie das Vaterland gerettet. Zu den wichtigsten Aufgaben gehört der

Wiederaufbau unsrer Volkswirtschaft,

damit die von der Front in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und Matrosen in geordneten Verhältnissen die Möglichkeit vorfinden, sich ihre und ihrer Familie Existenz wieder zu sichern. Alle großen Arbeitgeberverbände haben sich bereit erklärt, ihre früheren, jetzt eingezogenen Angestellten und Arbeiter sofort wieder einzustellen. Arbeitsbeschaffung, Erwerbslosenunterstützung, Wohnungsfürsorge und andre Maßnahmen auf diesem Gebiete sind teils in Vorbereitung, teils schon durchgeführt. Mit dem Friedensschluß wird sich bald eine Besserung der Ernährungs- wie aller Lebensverhältnisse einstellen. Deutsche Männer und Frauen! Kampf und Friede sind unsre gemeinsamen Aufgaben. Staat und Reich sind unsre gemeinsame Zukunft. Euer Vertrauen, das uns unentbehrlich ist in der Stunde der Gefahr, ist in Wahrheit nichts andres, als das Vertrauen des deutschen Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Die gesicherte Zukunft Deutschlands ist unsre alte Stärke.

Berlin, 4. November 1918.

Der Reichskanzler Prinz Max von Baden; der Stellvertreter des Reichskanzlers v. Payer; der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums Dr. Friedberg; die Staatssekretäre Dr. Solf, Graf v. Rödern, Dr. v. Krause, Rüdlin, v. Waldow, Freiherr v. Stein, Scheidemann, Gröber, Erzberger, Haußmann, Bauer, Trimborn; der Staatssekretär des Reichsmarineamts Ritter v. Mann; der Kriegsminister Scheüch.

Die neue Regierung muß diesen militärischen Gewalthabern schnell und gründlich klar machen, daß das ein Rezept ist, nach dem heute nicht mehr gekocht wird! Es kann nicht nachdrücklich genug gesagt werden, daß die Drohung mit der Flinte viel aufreizender auf die Volksmassen wirkt, als die Aufforderung zur Revolution, in der sich extremistische Wirrköpfe gefallen. Denn es sind fast nur noch einige Extremisten, eine Handvoll Leute, die es sich in den Kopf gesetzt haben, Deutschland nach bolschewistischem Muster zu ruinieren. Die Unabhängigen, die ihnen eine Zeitlang Gefolgschaft geleistet haben, rücken jetzt immer deutlicher von ihnen ab. In Berlin sind die durch anonyme Flugblätter betriebenen Versuche, die Berliner Arbeiter zu unbesonnenen Streikputschen hinzureißen, schon am Widerstand der Unabhängigen gescheitert. Nun sind die Extremisten bemüht, an einem der nächsten Nachmittage eine gemeinsame Arbeitsniederlegung durchzusetzen. Dem arbeitenden Volke kann nicht dringend genug und nicht oft genug die Mahnung ans Herz gelegt werden, ruhig Blut und Disziplin zu wahren und sich von keinerlei Verwirrungsparolen einfangen zu lassen. Aus unbesonnenen Streichen kann dem einzelnen und der Gesamtheit nur namenloses Unglück erwachsen. Aktionen, die Erfolg versprechen, müssen von der Gesamtheit der Arbeiterschaft getragen sein. Für solche ist aber jetzt der Augenblick nicht da. **Arbeiter, folgt darum keiner Parole, die von einer unverantwortlichen Minderheit ausgegeben wird.**

Den Wirrköpfen aber, die das Volk in diesen ernsten Stunden zu unbesonnenen Streichen verleiten möchten, und ebenso denen, die von dem unglücklichen Wahn besessen sind, daß mit dem Volke nicht anders zu verhandeln ist als durch die Mäuler scharfgeladener Gewehre, allen denen von rechts und links, die da glauben, die Geschichte dieser Stunden könne nicht anders als mit Bürgerblut geschrieben werden, allen denen die bitterernste Warnung: Treibt kein Spiel mit dem Feuer!

•

Für den Frieden.

In München versammelte sich am Sonntag vormittag auf der Theresienwiese auf Einladung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Münchens eine größere Menschenmenge zum Zwecke einer Friedensaktion, die vollständig friedlich verlief. Auf das Verlangen der Versammlung, drei im Strafvollstreckungsheim Stadelheim in Untersuchungshaft befindliche Genossen freizulassen, antworteten der Polizeipräsident und auch der Staatsminister des Innern, den die Abordnung in seinem Amtszimmer aufgesucht hatte, daß die Untersuchungsgefangenen auf Grund eines richterlichen Haftbefehls in Haft seien und daß nur das Reichsgericht in Leipzig die Freilassung verfügen könne. Dem Wunsche auf Freilassung könne deshalb unter Hinweis darauf, daß ein Eingreifen in ein rechtliches Verfahren nicht möglich sei, nicht entsprochen werden. Dies wurde den Versammelten durch ihre Erwählten mitgeteilt.

In Nürnberg fand am Sonntag auf der Insel Schütt eine von der Sozialdemokratischen Partei Bayerns einberufene, von vielen Tausenden besuchte Massenkundgebung für den Frieden und die Volksregierung statt. Die Abgeordneten Süßheim und Dr. Schepenhorst, Redakteur Dr. Braun und Redakteur Geißler hielten zu gleicher Zeit Ansprachen, in denen sie der Sehnsucht der Arbeiter und Bürgerschaft nach einem Ende des Krieges Ausdruck verliehen und eine Verzögerung des Waffenstillstandes verurteilten. Alle Hindernisse, die den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes und dem Frieden entgegenstünden, müßten sofort beseitigt werden. Ferner wurde der Abdankung der Hohenzollern-Dynastie gefordert und die Ueberführung Deutschlands in einen Volksstaat mit vollkommener und ausschließlicher Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Land, Kreis und Gemeinde verlangt. Gleiche Versammlungen fanden zur selben Stunde auch in Fürth und Erlangen statt.

In Magdeburg demonstrierten am Sonntag 30 000 bis 40 000 Menschen auf der Stadtpark-Insel für den Frieden und gegen die Kriegstreiber. Zwar waren die unsinnigsten Gerüchte im Umlauf: Maschinengewehre, Gasbomben, Polizeirevolver und Ladenplünderungen lernen darin vor. Aber die Kundgebung verlief ohne alle Zwischenfälle.

Zu einer wuchtigen Demonstration für Frieden und Freiheit und zu einer Kundgebung des Vertrauens in die Sozialdemokratie und die durch sie gestützte Volksregierung gestaltete sich eine Massenversammlung im großen Börsensaale in Königsberg, in der Landtagsabgeordneter K. Haenisch sprach. Nahezu 3000 Besucher füllten den Saal. Tausende von ihnen konnten leider keinen Zutritt mehr finden. Wie einige Zwischenrufe zeigten, waren auch die Unabhängigen ziemlich zahlreich vertreten. Trotzdem sie besonders zum Reden aufgefordert waren, ergriff aber niemand das Wort, und die Entschließung, die Vertrauen zur Volksregierung und die Bereitwilligkeit zur nachdrücklichsten Unterstützung der Sozialdemokratie ausspricht, wurde einstimmig angenommen.

Stunden der Erwartung.

Bis Montag nachmittag waren die Waffenstillstandsbedingungen in Berlin noch nicht eingelaufen, alles was sonst Behauptet wird (die Regierung kenne die Bedingungen, halte sie aber geheim) ist Schwindel. Man nimmt in Berliner politischen Kreisen an, daß die Waffenstillstandsbedingungen jedenfalls erst nach dem 5. November mitgeteilt werden, und zwar, weil Wilson die amerikanischen Senatswahlen, die an diesem Tage stattfinden, noch abwarten will. Je nachdem diese Wahlen für ihn günstig oder ungünstig ausfallen, kann er seine Ansichten über die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen mit mehr oder weniger Nachdruck zur Geltung bringen. Daß über die wichtigsten Fragen zwischen den Anschauungen Wilsons und denen der Entente-Staatsmänner Meinungsverschiedenheiten bestehen, unterliegt keinem Zweifel. Es verlautet übrigens, daß für die Abmachungen über diesen Waffenstillstand bereits eine Kommission ernannt ist, der angeblich General von Gündell, der militärische Delegierte auf der Haager Friedenskonferenz, General von Winterfeldt, ferner Admiral von Meurer und der frühere Staatssekretär Admiral von Hintze angehören werden.

Sehr groß kann allerdings die Spannung nicht mehr sein, mit der wir den Entschluß der Gegner erwarten, denn die wirkliche Entscheidung ist ja schon durch den österreichischen Waffenstillstand gefallen, der es der Entente in die Hand gibt, an jedem Punkt unsrer Südostgrenze, vom Bodensee bis nach

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19181105/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG